



Landeselternrat Brandenburg (Schule)
c/o Gremiengeschäftsstelle des
Ministerium für Jugend, Bildung und Sport
Heinrich Mann Allee 107
14473 Potsdam

Sprecherin Ulrike Mauersberger
vorsitz@ler-brandenburg.de

Pressemitteilung

Potsdam, d. 28.02.2023

Mit Kürzung für ein Mehr an Bildung?

Es scheint wie ein doppeltes Paradoxon: Ab Sommer 2023 will das Bildungsministerium neben anderen Maßnahmen auch mit Kürzungen der Zuweisungen von Lehrerwochenstunden pro Kind in bestimmten Teilbereichen einen Unterricht so wörtlich: „auf hohem Niveau sichern“.

Erst kürzlich attestierte der Bericht des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) Brandenburger Grundschüler*innen **verheerende Defizite in den Basisfächern Mathe und Deutsch**. Die Einschätzung, dass dieses Ergebnis durch ein Bestehen von „Unterricht auf hohem Niveau“ erzielt wurde, ist aus Elternsicht realitätsfern. Geradezu weltfremd erscheint jedoch das Konzept, mit Kürzungen der zusätzlich für Bildung gewährten Stundenzuweisungen auf diese Bildungsdefizite zu reagieren. Die Brandenburger Eltern fordern deshalb, diese Maßnahme zurückzuziehen.

Geplante Kürzungen bei

- Bildung von nach Fähigkeiten, Leistungen und Neigungen differenzierten Lerngruppen
- Wahlpflicht- und Schwerpunktunterricht sowie leistungsdifferenzierter Unterricht
- kleinen Grundschulen und Flexklassen
- Ganztagsangeboten
- Gemeinsamem Lernen
- Förderschulen
- OSZ, Lernbüro und Praktikumsbetreuung

Um die Schüler*innen künftig besser unterstützen zu können, sollen ab dem kommenden Schuljahr Lehrkräfte von Nebenaufgaben entlastet werden. Ein richtiges und längst überfälliges Konzept. 200 Planstellen für Schulassistenzen und Schulsozialarbeit sollen für die Entlastung sorgen. Bei rund 700 Schulen im Land Brandenburg (ohne zweiten Bildungsweg und Berufsschulen) entfallen auf jede Schule rund 0,3 Planstellen. Dass diese Maßnahme flächendeckend ihr Ziel erreicht, ist offensichtlich unwahrscheinlich. Deswegen fordert der Landeselternrat hier realistische und vor allem wirkungsvolle Zahlen für die Stellenbemessung.

Durch die Ausnutzung der „Spielräume der Verwaltungsvorschriften“ soll die Finanzierung der 200 Planstellen ermöglicht werden. Ein zusätzliches Budget für die Qualitätsverbesserung an Brandenburger Schulen scheint nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung zu stehen. Die Wertschätzung des Bildungsbereiches in der Haushaltsführung des Land Brandenburgs zeigt, wie wenig man bereit ist, auf die dramatischen Ergebnisse des IQB-Bildungstrends und den Lehrermangel zu reagieren.



Landeselternrat Brandenburg (Schule)
c/o Gremiengeschäftsstelle des
Ministerium für Jugend, Bildung und Sport
Heinrich Mann Allee 107
14473 Potsdam

Sprecherin Ulrike Mauersberger
vorsitz@ler-brandenburg.de

Der Landesrat der Eltern Brandenburg (Schule) fordert deshalb:

- 1. zusätzliche Haushaltsmittel zur Verbesserung der Situation im Bildungsbereich im Land Brandenburg**
- 2. keine Kürzung der Richtwerte für den Lehrerwochenstundenbedarf der Schulen**
- 3. eine zusätzliche Planstelle für Schulassistenz für jede Schule in Brandenburg**
- 4. eine Planstelle für Schulsozialarbeit für jede Schule in Brandenburg**

Die Formulierungen des Bildungsministeriums deuten auch an, dass die „Spielräume bei den Verwaltungsvorschriften“ künftig auch bei der Klassenbildung genutzt werden sollen. An anderer Textstelle heißt es dann, es sei keine Veränderung der Verwaltungsvorschriften zur Unterrichtsorganisation mit dem Ziel der generellen Erhöhung der Klassenfrequenzen vorgesehen.

Vorsorglich spricht sich der Landeselternrat ausdrücklich gegen jegliche Anhebung der Klassenstärken aus, um den Lehrermangel abzufedern.

Mit freundlichen Grüßen,

Ulrike Mauersberger
Sprecherin Landeselternrat Brandenburg

Tel. 0162-6266019
E-Mail [Vorsitz@ler-brandenburg.de](mailto:vorsitz@ler-brandenburg.de)